

Kreistag  
des Schwarzwald-Baar-Kreises  
Sitzung am 17.12.2012

Drucksache Nr. 205/2012 öffentlich

## Beratung des Haushaltsplanes 2013

**Anlagen: 3**  
**Gäste: keine**

---

### Sachverhalt:

Der Haushaltsentwurf 2013 wurde in der Kreistagssitzung am 5. November 2012 eingebracht und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

<b>Ergebnisse der Beratungen in den Fachausschüssen:</b>
--

Die Haushaltsvorberatungen fanden in folgenden Ausschusssitzungen statt:

Ausschuss für Bildung und Soziales	19.11.2012	DS-Nr. 178/2012
Jugendhilfeausschuss	22.11.2012	DS-Nr. 179/2012
Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit	26.11.2012	DS-Nr. 180/2012
Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft	03.12.2012	DS-Nr. 181/2012

Die Fachausschüsse haben jeweils den empfehlenden Beschluss an den Kreistag gefasst, den in ihren Zuständigkeitsbereichen liegenden Teilen des Haushaltsentwurfs 2013 mit den in dieser Vorlage dargestellten Änderungen zuzustimmen.

<b>Planänderungen und finanzielle Auswirkungen</b>
--

Die Vorberatung des Haushalts 2013 in den Fachausschüssen ergab folgende Änderungen am Haushaltsentwurf:

Der **Ausschuss für Bildung und Soziales** hat dem Kreistag in seiner Sitzung am 19.11.2012 einstimmig die Zustimmung zu den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teilen des Haushalts empfohlen. Davon ausgenommen ist der Zuschuss an die Kontaktstelle „Refugio“, über dessen Höhe erst in der heutigen Kreistagssitzung entschieden werden soll.

Der **Jugendhilfeausschuss** hat in seiner Sitzung am 22.11.2012 den empfehlenden Beschluss an den Kreistag gefasst, den Zuschuss an „Respect yourself“ auf HHSt. 4780.7185 einmalig um 2.000 € auf 4.000 € zu erhöhen. Auf der Grundlage dieser Änderung empfahl der Jugendhilfeausschuss einstimmig, dem Haushaltsplan für das Jugendamt einschließlich Impuls und Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit** hat in seiner Sitzung am 26.11.2012 einstimmig die Empfehlung ausgesprochen, den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Unterabschnitten zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft** hat in seiner Sitzung am 03.12.2012 den empfehlenden Beschluss an den Kreistag gefasst,

1. die Ansatzsumme bei den Personalausgaben um 300.000 € zu reduzieren,
2. bei der unteren Baurechtsbehörde 1,50 Mehrstellen für die Intensivierung und verwaltungsmäßige Aufarbeitung der Baukontrollen zu schaffen und den Ansatz bei HHSt. 6130.4000 deshalb um 90.000 € anzuheben,
3. bei der Straßenverkehrsbehörde den Ansatz für die Gebühreneinnahmen auf HHSt. 1110.0610 um 30.000 € auf 2.380.000 € zu erhöhen,
4. bei der Förderung von Wirtschaft und Verkehr den Ansatz für Marketingmaßnahmen auf HHSt. 7910.7183 um 5.000 € auf 25.000 € zu reduzieren,
5. den Ansatz für die Grunderwerbsteuer auf HHSt. 9000.0611 um 500.000 € auf 6.400.000 € anzuheben.

Auf der Grundlage dieser Änderungen empfahl der Ausschuss dem Kreistag einstimmig die Zustimmung zu den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teilen des Haushalts. Ausgenommen hiervon ist der Ansatz über die Kreisumlage, der erst in der abschließenden Kreistagssitzung beschlossen werden soll.

### **Darstellung der Änderungen in der Reihenfolge der Einzelpläne**

In den zurückliegenden Jahren hat der Kreistag bei der Abschlussberatung zum Haushalt die Einzelpläne jeweils geschlossen behandelt und sich dabei auf die kommunalen Schwerpunkte konzentriert.

Nach dem Ergebnis der Vorberatungen in den Fachausschüssen ist zu den jeweiligen Einzelplänen Folgendes festzustellen:

## **Personalausgaben**

Die Personalausgaben verteilen sich auf die meisten Einzelpläne des Haushalts. Deswegen wird die vom Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft mehrheitlich als Empfehlung an den Kreistag beschlossene Einsparung bei den Personalausgaben von 300.000 € hier aufgeführt. Haushaltsmäßig veranschlagt wird die Pauschaleinsparung im Unterabschnitt 9100.

### **Einzelplan 0 – Allgemeine Verwaltung**

Keine Änderung

### **Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung**

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft empfiehlt dem Kreistag einstimmig, den Ansatz für die Gebühreneinnahmen der Straßenverkehrsbehörde auf HHSt. 1110.0610 um 30.000 € auf 2.380.000 € zu erhöhen.

### **Einzelplan 2 – Schulen**

Keine Änderung

### **Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege**

Die Stadt Blumberg hat mit Schreiben vom 26.09.2012 einen Zuschuss für die Sanierung der Museumsbahn Wutachtal beantragt (**Anlage 1**). Dieser Zuschuss soll der Finanzierung der im Rahmen des 3. Sanierungsabschnitts (2013-2021) geplanten Maßnahmen im 1. Bauabschnitt (2013-2016) dienen. Im Haushaltsentwurf ist hierfür eine erste Zuschussrate von 50.000 € veranschlagt. Für den Finanzplanungszeitraum 2014-2016 haben wir zudem eine Verpflichtungsermächtigung von 150.000 € ausgewiesen.

In seiner Sitzung am 19.11.2012 hat der Ausschuss für Bildung und Soziales dem Kreistag mehrheitlich die Zustimmung zu dem Antrag empfohlen. Auf die Drucksache Nr. 174/2012 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Schwarzwald-Baar-Kreis gewährt der Stadt Blumberg auf deren Antrag einen Zuschuss für die Sanierung der Museumsbahn Wutachtal im 1. Bauabschnitt des 3. Sanierungsabschnitts (2013 bis 2016). Der Gesamtzuschuss des Landkreises hierfür beträgt 200.000 Euro und wird gleichmäßig verteilt auf die Jahre 2013 bis 2016 in den Haushaltsentwurf 2013 bzw. in die Kommunale Finanzplanung aufgenommen.

### **Einzelplan 4 – Soziale Sicherung**

#### **Zuschuss an die Kontaktstelle „Refugio“**

Durch wegfallende Fördermittel aus Brüssel und einen bevorstehenden Wechsel der hauptamtlich Beschäftigten, die einen enormen Anteil ihrer Arbeit bisher ehrenamtlich erbrachten, gerät der Verein ab 2013 in eine finanzielle Schieflage. Refugio e.V. hat deshalb bereits im April einen Antrag auf Erhöhung des bisherigen Kreiszuschusses um 30.000 € gestellt. Der Ausschuss für Bildung und Soziales hat

diesen Antrag in seiner Sitzung am 25.06.2012 behandelt und beschlossen, den bisherigen Zuschuss von 5.000 € zu erhöhen (DS-Nr. 090/2012). Ein konkreter Betrag wurde in der Sitzung nicht festgelegt. Der Antrag ist dieser Vorlage als **Anlage 2** beigefügt.

Mit Blick auf die Förderung anderer Freiwilligkeitsbereiche hat die Verwaltung für 2013 eine Erhöhung des bisherigen Zuschusses um 100 % vorgenommen und in den vorliegenden Haushaltsentwurf 10.000 € eingestellt.

Parallel dazu hat Herr Landrat Hinterseh sowohl den Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen, als auch die Landrätinnen und Landräte der umliegenden Landkreise mit Bitte um Unterstützung angeschrieben, weil Refugio auch traumatisierte Flüchtlinge aus deren Gebieten behandelt/betreut.

Der Ausschuss für Bildung und Soziales hat den Antrag der Kontaktstelle „Refugio“ auf Erhöhung des Kreiszuschusses zur weiteren Beratung in den Kreistag verwiesen. Der Zuschuss ist bei HHSt. 4700.7099 ausgewiesen.

### **Antrag auf Bezuschussung im Bereich der freiwilligen Leistungen**

Der Vorlage beigefügt ist ein Zuschussantrag des Dorfhelferinnenwerks Sölden e.V. vom 14.04.2012, der auf Grund eines Versehens der Verwaltung nicht dem zuständigen Ausschuss für Bildung und Soziales zur Beratung vorgelegt wurde (**Anlage 3**).

Die Arbeit der Dorfhelferinnen ist sehr wichtig und aner kennenswert. Dennoch empfiehlt die Verwaltung die Ablehnung des Antrags. Eine Begründung kann dem ebenfalls beigefügten Schreiben der Verwaltung vom 26.06.2012 entnommen werden.

### **Nachträgliche Planänderung**

Bei der Berechnung des Soziallastenausgleichs für 2013 hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft am 23.11.2012 nachträgliche Korrekturen vorgenommen. Bei der Zuweisung nach § 21 FAG ergibt sich auf der Einnahmenseite ein Erstattungsbetrag von 1.756.000 €. Auf der Ausgabenseite erhöht sich der Soziallastenausgleich nach § 22 FAG um 9.000 € auf 2.127.000 €. Die Verwaltung schlägt deshalb vor,

- den bei HHSt. 4100.1710 – Soziallastenausgleich nach § 21 FAG – ausgewiesenen Ansatz um 41.000 € auf 1.756.000 €
- den bei HHSt. 4100.8320 – Soziallastenausgleich nach § 22 FAG – veranschlagten Betrag um 9.000 € auf 2.127.000 €

zu erhöhen.

Der Jugendhilfeausschuss hat an den Kreistag mehrheitlich die Empfehlung ausgesprochen, den bei HHSt. 4780.7185 ausgewiesenen Zuschuss für das Projekt „Respect yourself“ um 2.000 € auf nunmehr 4.000 € zu erhöhen.

**Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung**

Zur Mitfinanzierung des Klinikneubaus hat der Kreistag am 23.07.2012 beschlossen, in die Schwarzwald-Baar Klinikum Villingen-Schwenningen GmbH im kommenden Jahr eine Einlage von 20 Mio. € zu leisten. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Finanzierung im Haushaltsentwurf 2013 darzustellen (vgl. hierzu auch DS-Nr. 087/2012). Der Gesellschafterzuschuss ist in entsprechender Höhe bei HHSt. 5130.9300 veranschlagt.

Seit 2008 hat der Landkreis der Allgemeinen Rücklage hierfür mehrere Jahresraten zugeführt. In 2013 beläuft sich der über der Mindestrücklage, nicht zweckgebundene Teil auf 15,05 Mio. €. Zur Finanzierung der Einlage wird dieser Betrag der Allgemeinen Rücklage auf HHSt. 9100.3100 entnommen. Der Differenzbetrag von 4,95 Mio. € kann im Rahmen der Gesamtdeckung innerhalb des Vermögenshaushalts bereitgestellt werden.

**Einzelplan 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr**

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat einstimmig die Empfehlung ausgesprochen, bei der unteren Baurechtsbehörde 1,50 Mehrstellen für die Intensivierung und verwaltungsmäßige Aufarbeitung der Baukontrollen zu schaffen und den Ansatz bei HHSt. 6130.4000 deshalb um 90.000 € anzuheben.

**Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung**

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich, den Ansatz für Marketingmaßnahmen auf HHSt. 7910.7183 um 5.000 € auf 25.000 € zu reduzieren.

**Einzelplan 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen**

Keine Änderung

**Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft**

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft empfiehlt mehrheitlich, die bei HHSt. 9000.0611 veranschlagten Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer um 500.000 € auf 6.400.000 € zu erhöhen.

Dem Vorschlag der Verwaltung, die bei HHSt. 9000.8330 veranschlagte Umlage an den Regionalverband um 24.000 € auf 349.000 € zu erhöhen, hat der Ausschuss zugestimmt.

### Zusammenfassender Überblick über die von den Fachausschüssen und der Verwaltung empfohlenen Änderungen am Haushaltsentwurf:

HHSt.	Bezeichnung	Ansatz		besser + schlechter - €
		bisher €	neu €	
<u>Verwaltungshaushalt</u>				
1110.0610	Gebühreneinnahmen des Straßenverkehrsamtes	2.350.000	2.380.000	30.000
4100.1710	Soziallastenausgleich nach § 21 FAG	1.715.000	1.756.000	41.000
4100.8320	Soziallastenausgleich nach § 22 FAG	2.118.000	2.127.000	-9.000
4780.7185	Zuschuss für das Projekt "Respect yourself"	2.000	4.000	-2.000
6130.4000	Personalausgaben der unteren Baurechtsbehörde	711.800	801.800	-90.000
7910.7183	Marketing des Schwarzwald-Baar-Kreises	30.000	25.000	5.000
9000.0611	Grunderwerbsteuer	5.900.000	6.400.000	500.000
9000.8330	Umlage an Regionalverband	325.000	349.000	-24.000
9100.4700	Personalausgaben	37.130.000	36.830.000	300.000
<b>Veränderung im VerwHH</b>				<b>751.000</b>
<u>Vermögenshaushalt</u>				
<b>Veränderung im VermHH</b>				<b>0</b>
<b>Veränderungen im Gesamthaushalt</b>				<b>751.000</b>

Die Verbesserungen im Gesamthaushalt, die sich auf 751.000 € saldieren, können anteilig für eine weitergehende Kreisumlagesenkung sowie für eine höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt und in der Folge zu einer Reduzierung der in 2013 geplanten Kreditaufnahmen verwendet werden.

Die Verwaltung schlägt auf der Grundlage der Ausschussberatungen vor, den Kreisumlagehebesatz aufgerundet um weitere 0,2 Punkte auf 32,70 Prozent abzusenken. Dadurch würde sich das Kreisumlageaufkommen um 450.000 € auf 73.524.000 € reduzieren. Der danach noch verbleibende Betrag von 301.000 € könnte dem Vermögenshaushalt zusätzlich zugeführt werden. Dort würde sich die Kreditaufnahme von 3.270.900 € auf 2.969.900 € verringern. Der Schuldenstand des Landkreises würde damit um 307.800 € abnehmen.

### Behandlung von Anträgen

Die im Rahmen der Haushaltsvorberatungen in den Ausschüssen eingebrachten Anträge sind in dieser Vorlage nicht erneut angesprochen. Falls im Einzelfall eine Behandlung im Kreistag gewünscht werden sollte, ist ein erneuter Antrag erforderlich.

## **Budgetplan**

Der Budgetplan für 2013 ist auf den Seiten 115 bis 164 des Haushaltsentwurfs abgedruckt. Wir dürfen hierauf verweisen. Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat einstimmig die Empfehlung an den Kreistag beschlossen, den Budgetplan zur Kenntnis zu nehmen und die darin enthaltenen Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke zu beschließen.

## **Kommunale Finanzplanung**

Die Kommunale Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2016 ist auf den Seiten 587 bis 611 des Haushaltsentwurfs abgedruckt und im Vorbericht auf den Seiten 59 bis 62 erläutert. Wir dürfen hierauf verweisen. Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat der Kommunalen Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2016 einstimmig als Empfehlung an den Kreistag zugestimmt.

## **Stellenplan**

Der Stellenplan des Jahres 2013 ist auf den Seiten 613 bis 625 des Haushaltsentwurfs abgedruckt. Eine Übersicht über die neuen und einzusparenden Stellen ist auf der Seite 625 dargestellt. Wir dürfen hierauf sowie auf die Erläuterungen zum Personalaufwand auf den Seiten 27 und 28 des Vorberichts verweisen. Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat dem Stellenplan einschließlich der nachträglich vorgeschlagenen Schaffung von 1,5 Stellen im Baurechtsamt zur Verstärkung der Baukontrollen einstimmig als Empfehlung an den Kreistag zugestimmt.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Dem Haushaltsentwurf 2013 einschließlich der Kommunalen Finanzplanung und dem Stellenplan wird auf der Grundlage der Änderungen und Ergänzungen der Ausschüsse und des Kreistags zugestimmt.
2. Der Budgetplan 2013 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die im Budgetplan enthaltenen Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke werden beschlossen.
4. Die Haushaltssatzung wird ebenfalls auf der Grundlage der beschlossenen Änderungen und Ergänzungen beschlossen.